

Die Situation in Ecuador

Ecuador liegt im Nordwesten des südamerikanischen Kontinents, zwischen Kolumbien und Peru.

Fläche: 275 800 km

Bevölkerung: ca. 11 Millionen

Bevölkerungsdichte: ca. 40 Einwohner pro qkm

Städtische Bevölkerung: ca. 55 Prozent

Sprachen: Spanisch, Quichua, Shuar, Achuar, Siona, Secoya, Ohachi, Tsachil u.a.

Analphabetentum: cirka 21 Prozent (dazu kommt eine sehr hohe Zahl von "De-facto-Analphabeten")

Kindersterblichkeit: cirka 10 Prozent

Unterernährung bei Kindern: cirka 50 Prozent

Auslandsschuld: 11 Milliarden US Dollar

Inflation: über 50 Prozent

Geschichte der letzten Jahre

Ecuador galt über lange Zeit als eines der rückständigsten Länder Lateinamerikas. Dies bezog sich sowohl auf seine wirtschaftliche Struktur (äußerst geringe Industrialisierung, Vorherrschaft des exportorientierten Agrarsektors mit der Produktion von Kakao, Kaffee und Bananen), als auch auf die soziale Situation (70 Prozent der Bevölkerung auf dem Land, Dominanz der halbfeudalen Großgrundbesitze) und auf die Politik; Gegensätze zwischen Konservativen und Liberalen im Zentrum des politischen Geschehens – zwischen deren Regierungen ab und zu populistische Intermezzos – die aber letzten Endes auch die politischen Rechte der Menschen, auch wenn mit einem anderen politischen Stil, vertraten.

Diese Struktur erlebt ab den 60er Jahren die ersten Veränderungen. In jener Zeit werden einige Fabriken gebaut, und unter einer Militärregierung kommt es durch den Druck der Bauernorganisationen 1964 zum ersten Versuch einer Landreform. Aber vor allem mit dem Ölboom 1972 beginnen tiefere Veränderungen in der ecuadorianischen Gesellschaft. Das Erdöl wird schnell zum wichtigsten Exportprodukt, und

obwohl die ausländischen Gesellschaften Texaco und Gulf in jener Zeit noch 80 Prozent der Ausfuhr kontrollierten, wurde das "schwarze Gold" auch bald zu der wichtigsten Einkommensquelle des Staates.

Dieser plötzlich reich gewordene Staat wird nun auch viel interessanter für die verschiedenen einflußreichen Gruppen der Gesellschaft. In der Auseinandersetzung um die Kontrolle über den Staatsapparat geht wieder eine Militärjunta als Siegerin hervor, diesmal eine mit einem klar definierten "Modernisierungsplan" mit stark nationalistischem Einschlag. U.a. verstaatlicht diese Regierung die Erdölförderung und unternimmt einen zweiten Versuch der Landreform. Das neue Gesetz geht etwas weiter als das erste von 1964, ist aber trotzdem sehr weit davon entfernt, die immer schwierigere wirtschaftliche und soziale Lage der Kleinbauern grundlegend zu ändern.

Nach einer Volksbefragung kommt 1979 wieder eine zivile Regierung an die Macht. Jaime Roldós, ein junger Rechtsanwalt, gewinnt die Wahlen. Seine Projekte sozialer Reformen und seine Außenpolitik, die zum ersten Mal in der Geschichte des Landes nicht von den USA diktiert ist, wecken viele Hoffnungen. Aber 1981 bricht im Zusammenhang mit dem alten Grenzproblem mit Peru ein Krieg aus, der von der Regierung benutzt wird, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den wirtschaftlichen Problemen abzulenken, den Militärhaushalt aufzustocken, und die Macht des Militärs zu vergrößern.

Im gleichen Jahr stirbt Präsident Roldós bei einem Flugzeugunfall. Es gibt verschiedene Indizien dafür, daß die CIA ihre Hände im Spiel hat. Osvaldo Hurtado (Christdemokratie) tritt die Nachfolge an.

Die Stagnation der Devisen-Einkommen aus dem Export von Öl, Kaffee und Kakao macht plötzlich für die ganze Nation deutlich, daß das Ende des Ölbooms gekommen ist, und daß ein großer Teil des Wirtschaftswachstums der vorherigen Dekade auf Pump finanziert war, ohne daß dieses Wachstum zu einer selbständigen und dauerhaften Entwicklung geführt hätte. Am meisten ist der öffentliche Sektor gewachsen, das heißt vor allem eine enorme Vergrößerung der Bürokratie sowie der Streitkräfte. Die nationale Industrie, die in den 70er Jahren stark wuchs, überlebt nur dank hoher Zollschränken und starker staatlicher Subventionen.

Ab 1972 beginnt die direkte Einmischung des Internationalen Währungsfonds in die Wirtschaftspolitik des Landes. Die Regierung wird zu häufigen Abwertungen des Sucre, zum Anheben des Benzinpreises und anderen Maßnahmen aus dem Rezeptbuch des IWF gezwungen. Der starke Inflationsprozeß als Folge dieser Politik führt seinerseits zu verstärktem Protest auf den Straßen. Gegen Ende der Regierung Hurtado

schaft es der Gewerkschaftsverband Frente Unitario de Trabajadores zum ersten Mal, Zentrum der Volksorganisationen zu werden.

1984 wird León Febres Cordero nach einem äußerst aggressiven und demagogischen Wahlkampf zum Präsidenten gewählt. Er ist ein exponierter Vertreter der rechtsgerichteten Oligarchie, zugehörig zu einer der reichsten Familien des Landes. Seine Regierung setzt die neoliberale Wirtschaftspolitik Hurtados noch viel konsequenter durch. Nutznießer sind vor allem die Exportfirmen von Agrarprodukten sowie Banken. Beide Wirtschaftsgruppen sind in der Regierung überrepräsentiert. Aber während sich unter der vorherigen Regierung zumindest noch ein starker Volksprotest organisieren konnte, unterdrückt Febres Cordero die bürgerlichen Rechte und entwickelt ein Repressions-system mit einer großen Zahl von willkürlichen Verhaftungen, isoliert gehaltenen Gefangenen, Folterfällen und der Vertreibung von Kleinbauern und Armenviertelbewohnern von ihrem Land. Zum ersten Mal in der Geschichte Ecuadors "verschwinden Menschen", das heißt, sie werden von den staatlichen Repressionsorganen entführt und ermordet. Die bekanntesten Fälle sind die der Geschwister Restrepo und von Consuelo Benavides. Paramilitärische Gruppen, meist eng verbunden mit den sogenannten "Ordnungskräften" tauchen auf. Trotz dem Druck vieler Menschenrechtsgruppen gibt es keinen einzigen Fall, in dem eine gerechte Verurteilung von staatlich unterstützten Folterern und Mördern erfolgt wäre.

Der Vorwand für die ganze Repressionswelle ist die "Subversion", Fleisch geworden in der winzigen Guerrillagruppe "Alfaro Vive, Carajo". Diese Gruppe wird bereits vernichtet, noch bevor sie sich tatsächlich landesweit organisieren kann. Aber über dieses Ziel hinaus sucht der Staat vor allem die Volksorganisationen zu schwächen. Dank der Einschüchterung und Verfolgung vieler Führer wird dieses Ziel auch weitgehend erreicht.

Korruption und Diebstahl staatlicher Gelder durch öffentliche Angestellte sind alltägliche Vorkommnisse, von denen viele auch heute noch im Dunkeln bleiben.

1987 wird Febres Cordero bei einer Aktion, die wohl eher zur "politischen Folklore" des Landes gehört, auf einer Luftwaffenbase festgenommen. Die Militärs fordern die Freiheit von Frank Vargas, der im vorhergehenden Jahr einen Putsch versucht hat, angeblich, um mit der Korruption auf Regierungsebene aufzuräumen. Die Verantwortlichen für die "Festnahme" des Präsidenten werden verhaftet und verurteilt. Die Folgen dieses Vorfalles sorgen noch lange für Aufregung.

Nach vier Jahren Rechtsregierung bleibt von dem Wahlversprechen "Brot, Unterkunft und Arbeit" nichts mehr übrig. Und acht Jahre "Demokratie" haben zu einer allgemeinen Desillusionierung gegenüber allen Parteien geführt, die sich um die politische Macht streiten.

Die derzeitige politische Situation

Die Hoffnungen auf echte Veränderungen sind sehr gering, als Rodrigo Borja (sozialdemokratischer Tendenz) 1988 die Wahlen gewinnt. Das einzige, was das Volk wirklich erwartet, ist, daß jetzt die systematische Repression und die organisierten Menschenrechtsverletzungen aufhören. Tatsächlich beginnt die Regierung einen Dialog mit "Alfaro Vive" und erreicht die Eingliederung dieser Gruppe in das legale politische Leben, was aber nur begrenzt zur Eindämmung der Gewalt im Land beiträgt.

Was die Wirtschaftspolitik angeht, so sind die Unterschiede zur vorherigen Regierung höchstens an Details festzumachen.

Obwohl die Regierung unzählige Male erklärt hat, daß die Auslandsschuld unbezahlbar und das Wichtigste "die soziale Schuld" gegenüber dem Volk ist, werden 33 Prozent des Staatshaushaltes für Zins- und Schuldenabzahlung aufgewandt, das heißt, es ist der größte Posten im Haushalt. Und obwohl alle Empfehlungen des IWF und der Weltbank brav befolgt werden, erreicht die Wirtschaftspolitik ihre selbst gesteckten Ziele nicht: die Produktion erholt sich nicht, und die Inflation – deren Abbau schon für 1989 angekündigt worden war – fluktuiert weiterhin zwischen 50 und 60 Prozent.

Was die Regierung zu großen Erfolgen ihrer Politik erklärt, den Wiederaufbau der Devisenreserve und die positive Handelsbilanz, ist weitgehend Ergebnis der über längere Zeit relativ hohen Ölpreise. Obwohl verschiedene Gesetzesnovellen ausländischen Investoren alle nur denkbaren Vorteile bieten, indem sie unter anderem die Gesetze, die die Rechte der Arbeiter schützen, weitgehend außer Kraft setzen, gibt es praktisch keine ausländischen Neuinvestitionen. Die Förderung des Exportsektors "auf Teufel komm raus", vor allem im Agrarbereich, war zwar nicht besonders erfolgreich, ging aber auf Kosten der Förderung der Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Konsum. Die ecuadorianische Währung, der Sucre, ist um 100 Prozent abgewertet worden, seit Borja an die Macht kam. Diese Abwertung wäre noch viel stärker, wenn nicht große Mengen an Dollars aus dem Drogenhandel ins Land strömen würden. Nach einer nordamerikanischen Untersuchung gelangten 1990 ca. 500 Millionen Dollar zur "Geldwäsche" aus Kolumbien nach Ecuador.

Auf der anderen Seite hat diese Politik in dramatischer Weise die wirtschaftliche Situation der armen Bevölkerungsschichten verschlechtert. Der Reallohn ist allein im Lauf der letzten zwei Jahre um 13 Prozent gesunken. Der derzeitige gesetzliche Mindestlohn beträgt 41 000 Sucres, eine Untersuchung der Zentraluniversität veranschlagt jedoch 150 000 Sucres als Minimum, um die Grundbedürfnisse einer fünfköpfigen Familie zu befriedigen.

Als flankierende Maßnahmen zu dieser Wirtschaftspolitik wurden verschiedene Sozialprogramme gestartet, angeblich um die "soziale Schuld" zu bezahlen. Leider reichen diese Programme nicht einmal aus, um die Auswirkungen der Inflation zu dämpfen. Die Mehrzahl der Programme sind mit einem ungenügenden Finanzpolster ausgestattet und funktionieren deshalb nur auf Sparflamme.

Die große Alphabetisierungskampagne von 1989, die zwar von hochkarätigen lateinamerikanischen Experten beraten wurde und auch einen gewissen Erfolg hatte, wird jetzt nicht mit dem nötigen Nachdruck weitergeführt.

Die Kleinstkredite für den informellen Wirtschaftssektor, als Instrument zur Dynamisierung der Wirtschaft "von unten" gedacht, erreichen nur einen minimalen Prozentsatz der Armen.

Kindergärten, Schulfrühstück und zweisprachige Schulbildung sind Programme, für deren wirtschaftliches Überleben ständig gekämpft werden muß. Den Gewerkschaften ist es nicht gelungen, in dieser desolaten wirtschaftlichen Situation ihre Führungsrolle in den Basisbewegungen zurückzuerobern. Die Generalstreiks, die nach jedem "Paket" neuer Wirtschaftsmaßnahmen ausgerufen werden, sind zu einfachen Ritualen degeneriert, die immer weniger ausrichten. Die einzigen, die ihre relativ privilegierte Situation weitgehend erhalten haben, sind die Arbeiter und Angestellten des Staatsapparates (trotz verschiedener, bisher nicht sehr weit gediehener Versuche, staatliche Unternehmen zu privatisieren).

Dagegen haben die Indígena-Organisationen einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Gerade in dieser Bevölkerungsgruppe hatte die Regierung viele Erwartungen geweckt. Man hatte auf hoher Ebene geglaubt, sich mit der Schaffung einer administrativ unabhängigen Instanz für den Bildungssektor der Indígenas und der Anerkennung des "multikulturellen" Charakters Ecuadors, ohne große Investitionen eine große Klientel sichern zu können. Aber die fehlende finanzielle Ausstattung stellte den demagogischen Charakter des zweisprachigen Bildungsprogrammes bloß und machte die Regierung für praktisch alle organisierten Indígena-Gruppen unglaubwürdig.

In der Erwartung, auf weniger Repression als während der vorherigen Regierung zu stoßen, haben viele Indígena-Gruppen ihren Kampf um die Enteignung der Großgrundbesitzer wieder aufgenommen. Aber die Antwort staatlicherseits ist die ewig gleiche: Versprechungen, Verzögerungen und Auflaufenlassen an bürokratischen Hürden.

Die Führer der CONALE (Zusammenschluß der Indígena-Völker Ecuadors) haben mit einigem Erfolg eine Kampagne zur Bewußtseinsbildung über "500 Jahre indianischer Widerstand" in ihren Reihen in Gang gebracht. Und schließlich haben sich viele Indígena-Organisationen mit Hilfe von Entwicklungsprogrammen in Bereichen wie Landwirtschaft, Gesundheit oder Vermarktung konsolidiert, obwohl diese Anstrengungen von vielen linken Gruppen immer wieder als Fallen gebrandmarkt wurden, die von den wirklichen Anliegen (nämlich Forderungen an den Staat zu stellen) ablenkten.

Alle diese Elemente haben ein Mobilisierungspotential geschaffen, das wirklich niemand erwartet hatte, und das seinen bisher größten Ausdruck im Aufstand vom Juni 1990 fand. Während alle Aufstände in der Geschichte der letzten Jahrhunderte immer lokal begrenzt geblieben waren, gelang es den Indígenas diesmal wirklich, das ganze Land für eine Woche lahmzulegen.

Die Linke, die sich traditionell als "Avantgarde von Arbeitern und Bauern" verstanden hatte, sah sich plötzlich Massendemonstrationen, Straßenblockaden und einer allgemeinen Mobilisierung gegenüber, die völlig ohne ihr Zutun zustande gekommen war.

Ihre Versuche, sich zumindest in den Kampf einzureihen, wenn sie ihn schon nicht anführen konnten, scheiterten kläglich angesichts der Rufe "Schluß mit der Politikasperei!".

Mit diesem Aufstand gelang es den Indígenas immerhin, die Regierung zu Verhandlungen über ihre Forderungen zu zwingen – unter anderem über die Fortführung der Landreform im Hochland und die Anerkennung der Indígena-Territorien im Amazonasurwald. Aber der Dialog mit der Regierung, mit der katholischen Kirche in der Vermittlerrolle, war in gewissem Sinn eine Falle für die Organisationen, denn er führte zu einem Abflauen der Bewegung, ohne daß irgend einer der wichtigsten Punkte des Forderungskatalogs durchgesetzt hätte werden können.

Die Streitkräfte setzten zwar Hubschrauber, Panzerwagen und schweres Geschütz während des Aufstandes in Bewegung, aber offensichtlich hatten sie Weisungen von der Regierung, sich auf Einschüchterungsaktionen zu beschränken. Die Zahl der Toten scheint in Relation zu der Größe des Aufstandes "niedrig".

Offensichtlich haben sowohl Militärs, als auch Großgrundbesitzer nach dem Aufstand die Regierung unter Druck gesetzt, um einen "angemessenen" Spielraum für ihren Kampf um die "Nationale Sicherheit" zu erhalten. Seither ist das Militär in verschiedenen Gegenden in den Gemeinden täglich präsent.

Terroristengruppen im Dienst der Großgrundbesitzer und eine Diffamierungskampagne gegen die Indígena-Organisationen und ihre Unterstützer wurden organisiert. Ein unbestreitbarer Erfolg der Aktivitäten der Indígenas ist jedoch, daß ihre Forderungen zum ersten Mal in der Geschichte zu einem der wichtigsten Themen der politischen Diskussion geworden sind.

Situation der Frauen

Nach den Indígenas sind die Frauen wohl die soziale Gruppe, die in den letzten Jahren die größten Fortschritte bezüglich ihrer Selbstorganisation gemacht hat. Ein Stück weit gehören die beiden Bewegungen sogar zusammen, denn gerade in den Indígenagemeinden entstehen immer mehr Frauengröppchen, die sich zu den verschiedensten gemeinsamen Aktivitäten, von der Meerschweinchenzucht bis zu Kursen über Kinderernährung, zusammentun. Auch bei dem erwähnten Aufstand war die Beteiligung der Frauen überwältigend und entscheidend.

Aber auch in den ärmeren städtischen Schichten, vor allem in Quito und Guayaquil - den beiden größten Städten des Landes – sind viele Frauengruppen mit den verschiedensten Motivationen entstanden.

Zu diesem Prozeß hat nicht nur die Bewußtseinsbildung durch verschiedene – teilweise feministische – Frauenzentren beigetragen, sondern auch die soziale und wirtschaftliche Situation. Immer mehr Männer vom Land sind gezwungen, sich als Wanderarbeiter zu verdingen, so daß die Frauen nicht nur die Verantwortung für Haus und Hof übernehmen müssen, sondern auch für die Dorfangelegenheiten. In der Stadt dagegen führt die Wirtschaftskrise auch zu einem sozialen Verfall, das heißt unter anderem es gibt immer mehr alleinerziehende Mütter – mehr Probleme und größere Verantwortung für die Frauen. Tägliche Arbeitszeiten von 12 bis 14 Stunden sind keine Ausnahme unter den Frauen in Stadt und Land.

Dazu kommt die alltägliche Gewalt, der Frauen ausgesetzt sind. Obwohl niemand wirklich umfassende Kenntnisse über diese Problematik besitzt, haben erste Untersuchungen ergeben, daß zwischen 60 und 80 Prozent aller Ecuadorianerinnen Opfer physischer, psychischer und sexueller Gewalt sind.

Verschiedene Organisationen haben eine Kampagne gegen die Gewalt an Frauen gestartet. Die Ergebnisse machen ein wenig Hoffnung - das Bewußtsein unter den Frauen über ihre Rechte wächst, ebenso wie ihre Bereitschaft, sich zusammenzutun, um gemeinsam etwas zur Durchsetzung ihrer Rechte zu machen.

Verschiedene Rechte der Frau wurden inzwischen immerhin gesetzlich fixiert. Einige Artikel der Verfassung und verschiedener Gesetze wurden reformiert, und so besteht zumindest eine legale Basis für die Kämpfe der Zukunft.

Persönliches

Ich bin 29 Jahre alt, verheiratet und arbeite bei einem Radiosender mit dem Namen "Escuelas Radiofónicas Populares del Ecuador". Die Radioprogramme sind vor allem für die armen Bevölkerungsschichten gedacht, das heißt die Welt wird aus der Perspektive der Armen analysiert und wann immer möglich, sollen auch die Armen selbst im Radio zu Wort kommen. Der Sender ist auf Provinzebene einer der wichtigsten Kanäle für Kritik und Kommunikation. Dies wurde zum Beispiel während des Indígena-Aufstandes sehr deutlich, als die Indígenas das Radio benutzten, um ihre Aktionen zu koordinieren, ohne irgend jemanden um Erlaubnis zu fragen, so als wäre dies das Natürlichste der Welt.

Escuelas Radiofónicas finanziert sich zum Teil selbst durch Werbeeinnahmen, sowie eine kleine Klinik und einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb. Der restliche Bedarf des Haushalts - der unter anderem die Gehälter von 30 Personen einschließt - wird durch ausländische Hilfen abgedeckt.

Meine Arbeit ist die Verwaltung der Bibliothek und des Schallplattenarchivs. Ich bin Nachrichtensprecherin und helfe bei der Aufnahme von Kommentaren für ein spezielles Frauenprogramm aus. Bis heute bin ich nicht Mitglied in einer Frauengruppe, denn die einzige Gruppe, die es in der Mittelstadt Riobamba gibt, ist nur ein verlängerter Arm einer politischen Partei. Mit einigen Freundinnen zusammen sind wir aber dabei, die ersten Schritte zur Bildung einer Gruppe zu unternehmen, deren Ziele aber noch nicht im einzelnen feststehen.